

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in: Bruno Hönel (KV Lübeck)

Änderungsantrag zu WP-01-K2

Von Zeile 209 bis 210 einfügen:

eine Steuergutschrift. Den Grundfreibetrag erhöhen wir. Den Solidaritätszuschlag werden wir in den Einkommensteuertarif integrieren.

Das Mehrwertsteuersystem ist ein Flickenteppich ungerechtfertigter Sonderregeln und Ausnahmen. Leider waren die Bemühungen vergangener Regierungen für eine übefällige Reform nicht erfolgreich. Auch wenn wir wissen, dass eine ganzheitliche Mehrwertsteuerreform ein sehr komplexes und mit vielen Fallstricken verbundenes Unterfangen ist, wollen wir einen erneuten Versuch starten: Über eine aufkommensneutrale Reform werden wir die Mehrwertsteuer vereinfachen, entbürokratisieren und Fehlanreize abbauen. Hierfür werden wir aus der Zeit gefallene Ausnahmen und Sonderregeln streichen sowie die Empfehlung des Bürger*innenrates für Ernährung aufgreifen und die Mehrwertsteuer für gesunde und umweltfreundliche Lebensmittel des täglichen Bedarfs senken.

Begründung

Die Mehrwertsteuer ist eine der wichtigsten Einnahmequellen des Staates, gleichzeitig aber auch eine der kompliziertesten Steuerarten in Deutschland. Das bestehende System aus zahlreichen Sonderregelungen und Ausnahmen führt nicht nur zu einem erheblichen bürokratischen Aufwand, sondern schafft auch Ungerechtigkeiten und Fehlanreize im Konsumverhalten.

Eine Vereinfachung und Entbürokratisierung der Mehrwertsteuer ist daher dringend geboten. Der vorliegende Änderungsantrag zielt darauf ab, eine aufkommensneutrale Reform des Mehrwertsteuersystems einzuleiten, die sowohl den Verwaltungsaufwand reduziert als auch gesundheitliche, soziale und ökologische Ziele stärker berücksichtigt.

Der Bürger*innenrat für Ernährung hat klare Empfehlungen ausgesprochen, die Mehrwertsteuer auf gesunde und umweltfreundliche Lebensmittel zu senken, um den Konsum solcher Produkte zu fördern. Diese Empfehlung greifen wir auf, um nachhaltiges Konsumverhalten zu unterstützen und gleichzeitig die soziale Gerechtigkeit im Steuersystem zu erhöhen.

Durch die Streichung von aus der Zeit gefallenen Ausnahmen und eine klare, transparente Struktur wird die Reform sowohl für Unternehmen als auch für Verbraucher*innen mehr Planungssicherheit und Fairness bringen. Damit setzen wir ein wichtiges Signal für eine zukunftsfähige Steuerpolitik, die Bürokratie abbaut, den Klimaschutz fördert und die Gerechtigkeit stärkt.

weitere Antragsteller*innen

Katharina Beck (KV Hamburg-Nord); Tobias Lentz (KV Flensburg); Sabine Hembd (KV Lübeck); Jasper Balke (KV Lübeck); Stefan Lange (KV Berlin-Neukölln); Mandy Siegenbrink (KV Lübeck); Reimo

Schaaf (KV Ostholstein); Tim Alexander Reclam (KV Lübeck); Simone Stojan (KV Ostholstein); Mechthild Rosker (KV Herzogtum Lauenburg); Annette Granzin (KV Ostholstein); Marilla Meier (KV Lübeck); Jamila Schäfer (KV München); Dennis Paustian-Döscher (KV Hamburg-Wandsbek); Martin Kolanus (KV Herzogtum Lauenburg); Stefan Schmidt (KV Regensburg-Stadt); Marco Meyn (KV Hamburg-Mitte); Birte Duggen (KV Lübeck); Gerd Weichelt (KV Dithmarschen); sowie 51 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.